Numara 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

		dahil için	harici için
Aylık	Türk lirası	1.50	Rld. 5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„ 50.—

yalnız mukabili.
Hafta da 6 defa çıkar.

İdarehane:
Beyoğlu, Cumalı sokak 7
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	Rld. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cumalı sokak 7
Drahtanschrift: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

11. Jahrgang Nr. 58 — Tageszeitung — Istanbul, Mittwoch, 11. März 1936

Atatürk nach Ankara zurückgekehrt - Deutschland lehnt Genfer Einladung ab
Locarno-Mächte überlassen dem Völkerbundsrat die Entscheidung

Fortsetzung des Meinungsaustausches in Genf — Verschiedene Auffassungen in England und Frankreich

Paris, 11. März.

In Paris sind gestern vormittag die Vertreter der Locarno-Mächte zu einer Besprechung über die deutsche Denkschrift im französischen Außenministerium zusammengetreten.

In der amtlichen Verlautbarung, die über diese Besprechung herausgegeben wurde, heißt es, der französische Außenminister habe bei Eröffnung der Sitzung darauf hingewiesen, daß diese Konferenz einen Austausch der Nachrichten zum Ziele habe und die Lage feststellen solle, daß aber weder eine Entschließung vorgeschlagen, noch irgend eine Entscheidung gefällt werde, bevor der Völkerbundsrat zusammengetreten sei.

Nachdem auf diese Weise das Verfahren festgelegt worden sei, — so besagt die amtliche Mitteilung weiter — hätten die Vertreter der Locarno-Mächte nacheinander ihre Auffassungen auseinandergesetzt.

Die Mitteilung schließt mit der Ankündigung, daß dieser Meinungsaustausch noch am selben Abend in Paris, auf alle Fälle aber in Genf fortgesetzt werde, wo sich die Mächtevertreter wieder zusammenfinden werden.

•

Paris, 11. März.

Die Besprechung der Vertreter der Locarno-Mächte hat gestern drei Stunden gedauert.

Kurz vor Mitternacht sind der belgische Ministerpräsident Van Zeeland, der englische Außenminister Eden und Lord Halifax, der gleichfalls an den Besprechungen teilgenommen hatte, mit dem französischen Außenminister Flandin nach Genf abgereist.

•

Paris, 10. März (A.A.)

Von zuständiger französischer Stelle wird erklärt, daß Frankreich Verhandlungen mit Deutschland beginnen könnte, aber nur unter folgenden Bedingungen: 1. Zurückziehung der deutschen Truppen aus der Rheinzone. 2. Eine etwaige Besprechung müßte in Genf stattfinden und die etwaigen Abkommen mit Deutschland müßten von den Mächten garantiert werden.

•

Paris, 10. März (A.A.)

Von französischen zuständigen Stellen wird bestätigt, daß im Laufe der Unterredung, die Flandin mit dem polnischen Botschafter hatte, klargestellt wurde, daß die polnische Regierung die Absicht hat, ihren Verpflichtungen, die dem französisch-polnischen Bündnisvertrag entspringen, treuzubleiben.

Auf einem toten Punkt angelangt?

London, 10. März (A.A.)

Die Presse meldet zu der Beratung der vier Locarno-Mächte in Paris, daß bei diesen Verhandlungen keinerlei Beschluß gefaßt worden ist, und läßt durchblicken, daß zwischen der französischen und der englischen Abordnung gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Reuter meldet, daß die grundsätzlichen Unterschiede in den Auffassungen sich dahin zusammenfassen lassen, daß die französische Regierung sich nicht bereit erklärt hat, mit Deutschalnd zu verhandeln, während England erklärt hat, daß es in Verhandlungen eintreten wolle.

Der „Evening Standard" berichtet, daß man nach den Beratungen zwischen Frankreich und England der Ansicht war, daß man an einem toten Punkt angelangt sei.

Paris mit der Eden-Rede unzufrieden

Paris, 10. März (A.A.)

Das DNB teilt mit:

Eden ist gestern abend hier eingetroffen. Die politischen Kreise und die öffentliche Meinung zeigen sich über die Ausführungen des britischen Außenministers enttäuscht. Die Presse hebt zwar in den Ueberschriften einige bemerkenswerte Sätze seiner Rede hervor, stellt jedoch gleichzeitig unverhohlen ihre Unzufriedenheit darüber fest, daß man in den englischen Regierungskreisen eine positivere Haltung gegenüber der durchaus negativen Einstellung Sarrauts angenommen hat. Unter diesen Umständen fragt man sich mit einer gewissen Besorgnis, was die kommenden Verhandlungen in Paris und Genf bringen werden.

Pertinax erklärt im „Echo de Paris" daß Edens Rede nur die schon ziemlich lange Liste der Schwächen Englands gegenüber Deutschlands erweitert habe. Eden werde in Paris an ganz bestimmte Weisungen gebunden sein, es werde ihm nicht möglich sein, irgendwelche Schritte zu unternehmen, ohne sich vorher fernmündlich mit Baldwin ins Benehmen zu setzen. Wenn der englische Außenminister nicht ermächtigt sei, sich der vom Völkerbundsrat am 16. April 1935 gefaßten Entschließung anzuschließen, so müsse man die gegen Italien ergriffenen Sühnemaßnahmen aufheben. Edens Rede habe außerdem die Erkenntnis vermittelt, daß Deutschland im Gegensatz zu dem, was man in den französischen Kreisen größtenteils annahm, keine Bedingung für seinen Wiedereintritt in den Völkerbund gestellt hat. Frankreich stehe also vor der Gefahr, daß der Völkerbund wieder ein Druckmittel wird. Es sei wahr, daß Deutschland vor der Rückkehr nach Genf die Bestimmungen des Art. 1 der Völkerbundssatzungen erfüllen, d. h. den Beweis liefern müsse, daß es seine internationalen Verpflichtungen eingehalten hat. Man müsse hoffen, daß der französische Außenminister sich in dieser Hinsicht unnachgiebig zeigt.

„Oeuvre" schreibt, daß der gestrige Tag kein ruhmvolles Blatt in der Geschichte der britischen Diplomatie darstelle, und behauptet, daß der ursprüngliche Wortlaut der Rede Edens ein ganz anderer gewesen sei. Baldwin habe den Text noch auf der Regierungsbank im Unterhaus geändert.

Die internationalen Beobachter fragen sich, was bei den Genfer Beratungen herauskommen werde. Die britische Regierung könne nicht gut gegen die Sanktionen stimmen, die sie selbst mit solcher Energie gefordert hat. Die französischen Regierungskreise verstehen nicht gut, warum Eden die Artikel 1 und 4 des Locarno-Paktes mit Stillschweigen übergangen und nur auf den Artikel 2 angespielt hat. Es werde jedoch durch die entschlossene Stellungnahme der französischen Regierung bei den heutigen Beratungen überrascht sein.

Die Zeitung „Le Jour" erwartet für heute keine ausgedehnten Verhandlungen zwischen den Unterzeichnerstaaten des Locarnopaktes. Die Einstellung der wichtigsten Verbündeten Frankreichs werde nur die Feststellung gestatten, daß Frankreich allein bleiben würde, wenn es wirtschaftliche Sühnemaßnahmen anwenden wollte, die militärische Sanktionen und damit den Krieg zur Folge haben würden. Die französische Regierung werde gut daran tun, diese Tatsache zu erkennen und ihre Worte genau abzuwägen, bevor sie sie ausspricht.

Der „Petit Parisien" meint, daß der Geist der Erklärung Edens und der Ton der englischen Presse gegenüber Deutschland den Schluß zulassen, daß England gegenüber Deutschland ganz anders gesonnen ist, als gegenüber Italien. Man dürfe jedoch weder seufzen noch sich beklagen. Frankreich müsse selbstsicher genug sein, um eine unangenehme Tatsache hinzunehmen, ohne seine Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Es gälte nur diese Tatsache festzustellen und daraus Vorteile zu ziehen, daß England sich anschicke, Frankreich eine realistische Lehre zu erteilen. Man werde also verstehen, daß Frankreich die Lage vom Standpunkt seiner eigenen Interessen beurteilt, die ausschließlich kontinentaler Natur seien.

Keine Sanktionen?

Genf, 10. März (A.A.)

Freitag um 11Uhr vormittags wird der Völkerbundsrat sich mit der Eingabe Frankreichs hinsichtlich der Kündigung des Vertrages von Locarno durch Deutschland beschäftigen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes Avenol, hat, wie bereits gemeldet, in Berlin angefragt, ob Deutschland zu dieser Sitzung eine Vertretung entsenden wird, da Deutschland ebenfalls eine Unterzeichnermacht von Locarno ist.

Genf, 11. März.

Wie man aus Genf erfährt, wird Deutschland der Einladung, an den Besprechungen wegen der Kündigung des Locarno-Paktes teilzunehmen, nicht Folge leisten.

In den internationalen Genfer Kreisen ist man durchaus der Meinung, daß der Völkerbund weder wirtschaftlich noch finanzielle Maßnahmen gegen Deutschland ergreifen wird, um es zur Zurückziehung seiner Truppen aus dem Rheinland zu veranlassen.

•

Verschiedene Abordnungen in Genf haben ihren Regierungen empfohlen, einen kollektiven Entschluß zu fassen, keine Sportabteilungen zu den Olympischen Spielen nach Berlin zu entsenden, um auf diese Weise gegen die Verletzung des Locarno-Vertrages durch Deutschland zu protestieren.

Washington: Keine ungesetzliche Handlung

Washington, 11. März.

Die amerikanische Zeitung „Washington Post" schreibt in einem Artikel über die europäische Lage, es sei unsinnig zu behaupten, daß die Besetzung deutschen Gebietes durch Deutschland ungesetzlich sei. Eine derartige Behauptung könne als ein weiterer Beweis dafür gelten, daß der Versailler Vertrag ein unmögliches Gebilde sei.

Das Blatt weist dann darauf hin, daß die ehemaligen Verbündeten im Weltkriege ihrer Verpflichtung zur Abrüstung nicht nachgekommen seien. So etwas lasse sich kein Land auf die Dauer gefallen.

Iswestija: Weniger Gegenwirkung, als man erwartet habe

Moskau, 11. März.

Die Moskauer „Iswestija" nimmt erneut Stellung zur Entwicklung der internationalen Politik im Zusammenhang mit der Besetzung der Rheinzone und stellt dabei fest, daß Deutschlands Vorgehen auf beträchtlich weniger Gegenwirkung gestoßen sei als man habe erwarten können. Die einzige wirksame Zwangsmaßnahme gegen Deutschland wäre die Anwendung militärischer Maßnahmen gewesen. Diese habe aber niemand anwenden wollen.

Sarraut verteidigt die Haltung Frankreichs

Paris, 10. März (A.A.)

Sarraut erstattete heute in der Kammer einen Bericht über die durch Deutschland geschaffene Lage und wandte sich entschieden gegen die deutsche Kündigung des Vertrages von Locarno und die Besetzung der entmilitarisierten Rheinzone. Er sagte u. a.:

„Die Behauptung, wonach Frankreich gegenüber Rußland Verpflichtungen übernimmt, die über diejenigen hinausgehen, die Frankreich einem anderen Mitglied des Völkerbundes zuzugestehen das Recht hat, ist unzutreffend. Ebenso ist unzutreffend, daß Frankreich sich das Recht zulege, nach eigenem Ermessen festzustellen, wer der Angreifer ist. Schließlich wird keine Verpflichtung Frankreich zum Handeln veranlassen können, wenn der Völkerbundspakt und der Rheinpakt nicht in Kraft wären.

Es sind zehn Monate vergangen, seitdem die französische Regierung der deutschen Regierung jede Gelegenheit geboten hat, ihre Zweifel zu zerstreuen. Ein Zeitraum, innerhalb dessen die Reichsregierung Gelegenheit genug gehabt hätte, ein unparteiisches Schiedsgericht anzurufen, wie die französische Regierung es erst vor kurzem vorgeschlagen hat. Die Reichsregierung hat es vorgezogen, sich in dieser Angelegenheit selbst zum Richter zu machen, um von sich aus den Rheinpakt zu kündigen und Frankreich vor die vollendete Tatsache zu stellen. Als die Reichsregierung sich von frei unterschriebenen Verpflichtungen losmachte, wollte sie sich auf die Nichteinhaltung des Rheinpaktes vonseiten Frankreichs stützen. Wenn der Geist der von Frankreich abgeschlossenen Hilfsverträge und der Geist des Locarno-Paktes miteinander unvereinbar wären, so wären auch der Völkerbundspakt und Locarno miteinander nicht vereinbar.

Um den Locarno-Pakt richtig werten zu können, muß man sich vorstellen, welche Haltung die französische Diplomatie seit dem Abschluß dieses Vertrages eingenommen hat. Nach dem Kriege hat das französische Volk ohne Vorbehalt alle Bemühungen für die Organisation des allgemeinen Friedens wie sie in dem Völkerbundsstatut niedergelegt sind, gebilligt. Die Herrschaft der Gewalt wurde ersetzt durch die Herrschaft des Rechtes. Der Völkerbundspakt verbietet formell jede einseitige Revision. Jeder Vorschlag, der sich auf eine Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen unter den Völkern bezieht, kann unbestreitbar im Rahmen des Völkerbundes angenommen werden, wo er erörtert und geregelt wird. Es hing nicht von uns ab, wenn gewisse Staaten nicht Mitglieder des Völkerbundes geworden sind oder aus dem Völkerbunde ausgeschieden sind, nachdem sie Mitglieder waren, was noch schlimmer ist.

Erst jüngst haben wir unter Umständen, die unsere freundschaftlichen Gefühle für einen großen benachbarten Staat stark getroffen haben, unsere Pflicht als getreues Völkerbundsmitglied nicht ohne schmerzliche Verletzungen unseres eigenen Interesses erfüllt. Auch als in letzterer Zeit Deutschland den französisch-russischen Pakt kritisierte, haben wir nicht gezögert, vorerst die Meinung des Haager Schiedsgerichtes einzuholen. Unsere Bemühungen im Dienste der Aufrechterhaltung und Organisierung guter Beziehungen zu Deutschland sind dabei aber nicht stehen geblieben. Müssen wir uns an die Bedingungen erinnern, unter denen die so heikle und schwere Frage der Saar geregelt wurde? Diese Regelung ist ohne Zwischenfälle, ohne Verwirrungen, und ohne daß die Welt Drohungen gegen den Frieden vernehmen mußte, vor sich gegangen."

(Fortsetzung folgt morgen).

Auch Ministerpräsident und Innenminister reisen nach Ankara

Der Präsident der Republik, Kamâl Atatürk, der sich seit einiger Zeit in Istanbul aufhielt, ist gestern in Begleitung des Ministerpräsidenten Ismet İnönü und des Innenministers Şükrü Kaya nach Ankara abgereist.

Außenminister Tevfik Rüştü Aras und Wirtschaftsminister Celâl Bayar gaben zusammen mit dem Oberpräsidenten Muhiddin Üstündağ dem Präsidenten der Republik bis zur Grenze der Istanbuler Provinz das Geleit und kehrten dann wieder nach Istanbul zurück.

Der Außenminister nach Genf abgereist

Außenminister Dr. T. R. Aras ist gestern abend mit dem Simplon-Expreß nach Genf abgereist.

Großer Erfolg der türkischen Gemälde-Ausstellung in Bukarest

Bukarest, 10. März

Der Sonderberichterstatter der A.A. teilt mit:

Die türkische Gemälde-Ausstellung hatte während der ersten Woche einen stets wachsenden Erfolg zu verzeichnen. In den Veröffentlichungen, die die rumänischen Zeitungen seit der Eröffnung der Ausstellung über die Werke der türkischen Künstler bringen, wird mit Ehrfurcht der Name des großen türkischen Führers, Atatürk, genannt, dem es vorbehalten war, wie auf allen übrigen Gebieten auch auf dem Gebiete der Schönen Künste alle Hindernisse für die Fortentwicklung zu beseitigen. Der große Fortschritt, den die türkische Malerei in den 12 Jahren der Republik zu verzeichnen hat, erweckt hier große Teilnahme.

Die Zahl der Besucher, die innerhalb einer Woche die Ausstellung besichtigten, beträgt weit mehr als 10.000. Im Bukarester Sender wird in den nächsten Tagen über die türkische Gemälde-Ausstellung und über die Schönen Künste in der Türkei ein Vortrag gehalten.

—o—

Oesterreichisch-tschechische Ministerbesprechungen in Wien

Wien, 10. März (A.A.)

Am Montagnachmittag hatte der Bundeskanzler Schuschnigg mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Hodza eine Unterredung von zwei Stunden.

Am Nachmittag machte er einen Höflichkeitsbesuch in der tschechoslowakischen Gesandtschaft. Die beiden Staatsmänner setzten ihre Unterredung über die Fragen, die ihre beiderseitigen Länder interessieren fort. Hinsichtlich des geplanten Abkommens ist man beiderseits grundsätzlich bereits einig. Die technischen Einzelheiten sind jedoch noch nicht ausgearbeitet.

•

Wien, 11. März.

Die österreichisch-tschechischen Besprechungen zwischen dem Bundeskanzler Schuschnigg und Ministerpräsident Hodza sind gestern abgeschlossen worden.

Es sind alle, die beiden Staaten interessierenden Fragen erörtert worden. Zum Schlusse wurde ein Protokoll unterzeichnet, in dem festgestellt wird, daß die gegenseitige Ausweitung des wirtschaftlichen Verkehrs im Sinne der Konferenz von Stresa wünschenswert wäre.

•

Wien, 10. März (A.A.)

Hodza empfing die Besuche der Gesandten Frankreichs, Jugoslawiens und der Türkei. Die Beratungen dauerten bis 17 Uhr. Die Abreise Hodzas aus Wien erfolgte um Mitternacht.

Tokioter Regierung nimmt die meisten Forderungen der Armee an

Tokio, 11. März.

Der neue japanische Ministerpräsident Hirota gab nach der ersten Sitzung des Kabinetts eine Erklärung ab, in der gesagt wird, daß die Regierung gemeinsam mit der Armee und der Marine das japanische Volk aus der gegenwärtigen Krise herausführen werde.

Der Finanzminister kündigte an, daß er die Finanzpolitik seines Vorgängers nicht fortführen werde, neue Steuern seien jedoch infolge der japanischen Ausdehnungsbestrebungen und der neuen Flottenpolitik unumgänglich notwendig.

In Tokioter Kreisen erklärt man, die neue Regierung habe die meisten Forderungen der Armee angenommen.

Eine weitere Meldung aus Tokio besagt, daß die Regierung 165 Zivilpersonen wegen Teilnahme an dem Militäraufstand in Haft setzen ließ. Es handelt sich durchwegs um Reserveoffiziere.

Baldwin wünscht Freundschaft zwischen London-Paris-Berlin

London, 10. März (A.A.)

Nach der Eröffnung der Aussprache im Unterhaus forderte Baldwin die Billigung des Weißbuches. Die Kollektivsicherheit, so sagte er, werde den Weltfrieden gewährleisten. Baldwin führte ferner folgendes aus:

„Die Neuordnung des Verteidigungswesens ist durch die heutige allgemeine internationale Lage gerechtfertigt. In dem Weißbuch sind nur die Mindestmaßnahmen angegeben. Doch wird die britische Regierung jede Gelegenheit zu einer Beschränkung der Weltrüstungen wahrnehmen".

Ueber die Kollektivsicherheit führte Baldwin folgendes aus:

„Wir werden den Krieg nicht verhindern, solange der Angreifer nicht weiß, daß er unbedingt auf einen bewaffneten Widerstand stößt. Aber Europa ist noch weit davon entfernt, einen solchen bewaffneten Widerstand leisten zu können. Damit dies möglich wird, müssen die europäischen Länder für den Krieg noch viel besser vorbereitet sein. Man darf dieser Schlußfolgerung, so schrecklich sie auch klingen mag, nicht ausweichen.

Ein dauerhafter Friede kann in Europa niemals bestehen, solange der Jahrhunderte alte Argwohn zwischen Frankreich und Deutschland bestehen wird. Es gibt — abgesehen von unserer Einbildungskraft — in der Geschichte nichts, was uns die Wurzeln dieses Argwohns verstehen lassen könnte, der in Europa in den vergangenen Jahrhunderten soviel Unheil angerichtet hat.

Wir haben genügend eigene Schwierigkeiten und Plackereien, aber hinsichtlich Europas haben wir keinen glühenderen Wunsch, als weiterhin zu versuchen, eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland in Freundschaft mit uns herbeizuführen. Die einzige Friedenshoffnung besteht daran, daß diese dreiseitige Freundschaft zur Wirklichkeit wird. Bis dahin wird es in Europa in stärkerem oder geringerem Maße stets Augenblicke der Unruhe, Krisen und Panik geben".

•

London, 10. März (A.A.)

Die Erklärungen, die Eden im Unterhaus machte, sind von allen Parteien gebilligt worden.

•

London, 10. März (A.A.)

Die „Times" führt aus, daß es eine Pflicht Englands sei, jede Gelegenheit zu benutzen, um Frankreich und Deutschland auszusöhnen. Die Mehrzahl der englischen Blätter drücken dieselbe Ansicht aus und sind gegen ein energisches Vorgehen gegenüber Deutschland.

•

Der Führer der englischen Faschisten, Oswald Mosley, erklärte während einer Versammlung folgendes:

„Das Vorgehen Hitlers hat das Gefühl der Minderwertigkeit, das Deutschland hatte, ausgemerzt. Es hat Deutschlands Oberhoheit in allen ihren Rechten wieder hergestellt und es hat auf diese Weise die alten Ursachen für einen Krieg in Europa beseitigt".

—o—

Abwartende Haltung in Rom

Rom, 10. März (A.A.)

Die zuständigen italienischen Stellen enthalten sich jeglicher Ausführungen über die Erklärungen Edens im Unterhaus.

Wie der Vertreter der Havas-Agentur erfährt, hat Italien hinsichtlich der Frage der Verletzung des Vertrages von Locarno eine abwartende Stellung eingenommen, denn es sucht vorläufig den besten Weg, um seine eigene Lage als „Angreifer" zu verbessern. Immerhin lehnt es Italien nicht ab, einer formellen Verurteilung des deutschen Vorgehens beizutreten. Es weigert sich jedoch, sich an etwaigen Sanktionen gegen Deutschland zu beteiligen.

Geheime ägyptisch-britische Verhandlungen

Kairo, 10. März (A.A.)

Die ägyptische und britische Abordnung für die Verhandlungen über ein englisch-ägyptisches Abkommen begannen gestern ihre Arbeiten.

Die Sitzung dauerte drei Stunden. Sie verlief unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, und über den Verhandlungsgegenstand wird die größte Zurückhaltung beobachtet. Es wird jedoch angenommen, daß über die Sudan - Frage verhandelt wurde.

Die nächste Sitzung wird am kommenden Montag stattfinden.

Fortschritte auf der Flottenkonferenz

London, 11. März.

Die Londoner Flottenkonferenz wird nach einer halbamtlichen Mitteilung innerhalb einer Woche zu einer Vollsitzung zusammentreten, um den in Vorbereitung befindlichen Flottenvertrag über die Begrenzung der Tonnage und der Geschützkaliber abzuschließen.

Der erste Ausschuß ist für heute einberufen worden, um die Berichte des Unterausschusses für qualitative Begrenzung entgegenzunehmen.

•

London, 10. März (A.A.)

Hinsichtlich der qualitativen Begrenzung für die verschiedenen Schiffstypen ist auf der Montag-Sitzung des technischen Unterausschusses der Flottenkonferenz ein vollständiges Einverständnis erzielt worden.

Italien machte seine gewöhnlichen Vorbehalte.

Belgien vertraut auf die Loyalität Englands

Brüssel, 11. März.

In der belgischen Kammer gab gestern der stellvertretende Ministerpräsident Vandervelde eine kurze Erklärung ab.

Vandervelde berichtete über den bisherigen Meinungsaustausch der Locarno-Mächte und über die Einberufung des Dreizehner-Ausschusses, ohne aber weiter zu den Tatsachen Stellung zu nehmen.

Er behandelte dann weiter die Unterhausrede Edens, die von Belgien „zur Kenntnis genommen werde". Belgien wisse, daß es stets Vertrauen in die Loyalität Englands haben könne. Die jetzigen Ereignisse gebieten Ruhe und Entschlossenheit.

Die Kammer nahm die Worte Vanderveldes mit lebhaftem Beifall auf.

Beginn des Wahlkampfes in Deutschland

Berlin, 11. März.

In Berlin hat gestern der Wahlkampf begonnen, der mit einer Massenversammlung in der größten Halle Europas, der Deutschland-Halle, eingeleitet wurde. In dieser Versammlung sprach der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels, und seine Worte wurden durch Lautsprecher in 200 gleichzeitig stattfindenden anderen Berliner Versammlungen übertragen.

Neue äthiopische Truppen ziehen unter der Führung des Negus ins Feld

Addis-Abeba, 11. März.

Aus dem äthiopischen Hauptquartier wird gemeldet, daß die Truppen unter persönlicher Führung des Kaisers gestern ausmarschiert sind. Man nimmt an, daß nach vier oder fünf Tagen der Zusammenstoß mit den italienischen Streitkräften erfolgen wird.

Die vom Negus befehligten Truppen sind mit dem modernsten Kriegsmaterial und mit reichlicher Munition ausgerüstet.

Gescheiterte Lösungsversuche in Athen

Athen, 10. März (A.A.)

Die Versuche, ein griechisches Koalitionskabinett zu bilden, sind an der Weigerung Theotokis', sich an einer solchen Regierung zu beteiligen, gescheitert. Man rechnet jetzt mit der Bildung eines neutralen Kabinetts unter der Führung Demerdschis' oder des Generals Metaxas.

Kurzmeldungen vom Tage

Der Dreizehner - Ausschuß wird heute nachmittag zusammentreten. Man nimmt an, daß Eden und Flandin an der Sitzung teilnehmen werden.

•

In der rumänischen Kammer wurde ein Gesetzentwurf über die Verlängerung des Belagerungszustandes bis zum 16. September eingebracht.

Im Begründungsbericht wird gesagt, daß die Regierung im Hinblick auf die unruhige außenpolitische Lage wirksame Mittel für die Bekämpfung etwaiger Machenschaften ausländischer Agenten haben müsse.

•

Nach einer Meldung aus Cadix in Spanien haben Manifestanten, die eine Kundgebung für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit veranstalteten, elf Klöster und Kirchen und die katholische Arbeiterzentrale geplündert. Der Polizei gelang es, die Ordnung wieder herzustellen. Ein Teilnehmer der Kundgebung wurde getötet.

•

Die Dampfer „Piemonte" und „Atlanta" sind mit 141 Offizieren und 4.000 Mann von Neapel nach Ostafrika gefahren. In nächster Zeit werden 10 weitere Dampfer und der Flugzeugträger „Miraglia" nach Ostafrika fahren.

•

Auf den zweiten englischen Protest wegen Bombardierung des englischen Lazaretts bei Quoram antwortete Unterstaatssekretär Suvich dem britischen Botschafter, die italienische Regierung habe bisher noch keinerlei Nachricht von dieser Bombardierung. Die Militärbehörden seien angewiesen worden, eine Wiederholung solcher bedauerlichen Vorfälle zu verhindern.

Schließlich versprach Suvich erneut, eine Untersuchung einzuleiten.

Genf, 11. März.